

Integration in Potsdam: Halbierung der Fördergelder ab 2025 droht

Ab 2025 erhält Potsdam nur noch halb so viel Fördergeld für Integrationsprojekte. Welche Auswirkungen hat das für Geflüchtete?

Ab dem kommenden Jahr wird in Potsdam die finanzielle Unterstützung für Integrationsprojekte von Geflüchteten drastisch reduziert. Eine Antwort auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Andere hat ergeben, dass die Mittel für diese wichtigen Programme ab 2025 um die Hälfte gekürzt werden. Diese Entscheidung wird als besorgniserregend angesehen, besonders vor dem Hintergrund, dass viele dieser Projekte unabdingbar für die soziale Eingliederung von Flüchtlingen sind.

Die aktuelle Richtlinie des Landes Brandenburg, die bis zum 31. Dezember 2024 gilt, sieht umfassende Fördermöglichkeiten für Integrationsangebote vor. Doch mit dem Auslaufen dieser Richtlinie stehen zahlreiche Initiativen, die sich um die Unterstützung von Geflüchteten bemühen, vor einer ungewissen Zukunft. „Ab 2025 wird die adäquate Förderung für circa 50 Prozent der dringend benötigten Integrationsprojekte fehlen“, warnte die Fraktion Die Andere. Diese Kehrtwende in der Förderpolitik könnte erhebliche Auswirkungen auf die Durchführung und die Qualität der Integrationsarbeit haben.

Folgen der Reduzierung der Fördermittel

Die geplanten Einsparungen könnten dazu führen, dass viele Projekte, die sich über Jahre hinweg als erfolgreich erwiesen haben, nicht mehr aufrechterhalten werden können. Eine

reduzierte Finanzierung wird es längerfristig auch schwer machen, neue Initiativen ins Leben zu rufen. Insbesondere in einem Zeitraum, in dem die Integration von vielen geflüchteten Menschen in die Gesellschaft von großer Bedeutung ist, stellt dies eine ernsthafte Herausforderung dar.

Zahlreiche Organisationen, die sich um geflüchtete Menschen kümmern, sind bereits jetzt besorgt über die Folgen dieser Entscheidung. Die Idee, dass die Unterstützung einfach plötzlich ausläuft, könnte den positiven Fortschritt, der in den letzten Jahren erzielt wurde, gefährden. Diese Initiativen bieten nicht nur rechtliche Beratung und Sprachkurse, sondern schaffen auch soziale Kontakte, die für die Integration entscheidend sind.

Die Mitglieder der Fraktion Die Andere betonen die Notwendigkeit, eine kontinuierliche und verlässliche Finanzierung der Integrationsprojekte sicherzustellen. Sie fordern von der Landesregierung eine klare Strategie, um die Unterstützung für die Integration langfristig zu gewährleisten und den zurückgehenden Fördermitteln entgegenzuwirken. Das Schicksal vieler Geflüchteter hängt direkt von der politischen Entscheidung ab, ob und wie diese Projekte auch zukünftig gefördert werden.

Mit der bevorstehenden Fördermittelkürzung wird erneut deutlich, wie kritisch die Unterstützung von geflüchteten Menschen in der heutigen Gesellschaft ist. Die Entscheidung zur Reduzierung kann als ein Rückschritt in der Integrationspolitik angesehen werden, wo Fortschritt und Unterstützung notwendigerweise Hand in Hand gehen sollten. In einer Zeit, in der viele geflüchtete Menschen auf Hilfe angewiesen sind, könnte dies als ein Zeichen des Rückzugs aus der Verantwortung interpretiert werden.

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de